

Haushaltsrede Bündnis90/Die Grünen 18.12.2014

(es gilt das gesprochene Wort)

Meine Damen und Herren,

bereits bei der Einbringung des Haushalts hat Herr Schöpgens die wesentlichen Zahlen ausführlich vorgestellt. Auch bei uns in der Fraktion haben Sie uns wie jedes Jahr kompetent bei der Beratung des Haushalts unterstützt. Ferner darf ich mich ebenfalls bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aller Fachbereiche bedanken, die uns mit den weiteren nötigen Informationen versorgt haben. Zum Haushalt und zu den Zahlen im Allgemeinen möchte ich nicht viele Worte verlieren, zumal die Rahmendaten unsere Zustimmung finden.

Auch im Einzelnen bildet der Kreishaushalt aus unserer Sicht einige erfreuliche Entwicklungen ab. Da ist z.B. das Kommunale Integrationszentrum, das inzwischen seine Arbeit aufgenommen hat. Es ist sehr erfreulich, dass der Kreis nun doch das Angebot des Landes annimmt, die Theorie „Integration durch Bildung“ vor Ort konkret umzusetzen. Im Kindergarten anfangen, in der Schule fortsetzen und bis zur Berufswahl unterstützen - so können Schwierigkeiten, die man mit dem berühmten „Migrationshintergrund“ in Verbindung bringt, überwunden werden.

Einen „Migrationshintergrund“ haben im Kreis Heinsberg bereits ganz viele: 20% - so eine Schätzung des Diakonischen Werks, das sich seit Jahren am intensivsten in diesem Bereich engagiert.

Nur Lippenbekenntnisse reichen eben nicht. Das gilt auch für das aktuelle Thema „Flüchtlinge“. Wir brauchen nicht nur ehrenamtliches Engagement von Bürgerinnen und Bürgern. Das ist zwar äußerst wichtig und es ist toll, dass sich im ganzen Kreis Menschen verantwortlich fühlen und Dinge anpacken. Es ist aber auch wichtig, dass wir von politischer Seite dafür sorgen, dass dieses Engagement die nötige Unterstützung bekommt.

Es müssen die Ressourcen da sein, die die Neuankömmlinge brauchen: Gute Unterkünfte, sichere Versorgung mit dem Nötigen, das Gefühl, wirklich willkommen zu sein und nicht nur notdürftig zwischengeparkt zu sein, bis der Asylantrag womöglich abgelehnt ist. Kurzum: „Willkommenskultur“ ist ein schönes Wort, es muss aber auch nachhaltig mit Leben gefüllt werden.

Einen großen Konsens gab es bisher auch, was die Notwendigkeit zur Fortführung der Schulsozialarbeit an den Schulen angeht.

Und damit kommen wir zu dem, was in diesem Haushalt nicht steht und wo wir uns nicht einig sind, nämlich die Umsetzung dieses Anliegens. An den Schulen im Kreis Heinsberg sind 20,75 besetzte Stellen für Schulsozialarbeit weggefallen, weil die Kommunen nicht für die Mittel einstehen wollten, die der Bund mit seiner auslaufenden Finanzierung über das Bildungs- und Teilhabepaket gestrichen hatte. Nun liegt ein Angebot des Landes auf dem Tisch, die gleiche Stellenanzahl drei Jahre lang stellvertretend für den Bund mit 60% zu finanzieren. Wir finden, jetzt müsste doch alles dafür getan werden, damit diese Stellen vollumfänglich, möglichst schnell und einigermaßen gerecht verteilt den Schulen wieder zur Verfügung gestellt werden. Aber genau das lässt sich nach unserer Auffassung mit der bisherigen Vorgehensweise nicht sicherstellen. Wir haben eben nicht beschlossen, die 2,75 Stellen des Kreises wieder komplett einzurichten. Es würde uns unter dem Strich nichts kosten, weil der Kreis ab nächstem Jahr Mittel des Landes aus der Inklusionspauschale für seine allgemeinen Schulen erhält. Die Mittel übersteigen die Kosten für die Schulsozialarbeiter bei Weitem. Der Kreis sollte in jedem Fall mit gutem Beispiel voran gehen und ein klares Signal zum Erhalt der Schulsozialarbeit setzen.

Im Übrigen aber wartet der Kreis ab und überlässt es den Kommunen, aktiv zu werden. Das halten wir aus den folgenden Gründen für problematisch:

1. Es ist zu befürchten, dass nicht alle Landesmittel abfließen, weil weniger Stellen von den Kommunen kofinanziert werden, als sie aus BuT-Mitteln gerne umsonst erhalten haben. Was die Kämmerer als Bedarf sehen und was die Schulen gerne hätten, ist nicht zwingend das Gleiche. Übrigens gibt es ja auch den Fall, dass Schulen aus der Not heraus Lehrerstellen in Schulsozialarbeiterstellen umgewandelt haben. Die haben jetzt zwar eine Schulsozialarbeiterin oder einen Schulsozialarbeiter. Aber das ist natürlich keine Lösung, weil die Schule dies mit Kürzungen in der Studentafel bezahlen muss.
2. Wie werden Ungleichgewichte bei der Verteilung der Stellen vermieden? Innerhalb des Kreises Heinsberg fällt es den Kommunen unterschiedlich schwer, den Eigenanteil von 40 Prozent aufzubringen. „Wer hat, dem wird gegeben“ ist hier kein anzustrebender Maßstab.
3. Man kann sich prinzipiell auf den Standpunkt stellen, dass die Kommunen das komplett unter sich ausmachen sollen. Dann bleibt allerdings rätselhaft, wie die Äußerungen im Kreisausschuss zu verstehen sind. Lassen wir die Kommunen erst einmal selbst „entscheiden“, um dann als Kreis mit Geld oder gutem Zureden in Aktion zu treten, falls es zu Lücken oder Ausdünnungen in der kreisweiten Versorgung mit Schulsozialarbeiterstellen kommt? Dann könnte man das von Seiten der Kommunen in der Tat als Zwangsbeglückung empfinden, und auch die Kommunen, die von Anfang an eigenes Geld in die Hand genommen haben, wären zurecht erbost.
4. Warum wird nicht einfach Geld für alle Stellen im Kreishaushalt eingeplant? Das wäre buchhalterisch solide, auch wenn die eigentliche Beschlussfassung noch aussteht. Nun sind überplanmäßige Ausgaben oder ein Haushaltsnachtrag nicht ausgeschlossen, falls der Kreis für die Schulsozialarbeit doch noch in die Bresche springt.

Wir hätten gerne die 385.000 Euro Kofinanzierungsmittel komplett in den Kreishaushalt eingestellt, aus einer erhöhten Rücklageentnahme finanziert und im Zweifelsfall die Stellen anteilig der Umlagegrundlagen an die Kommunen verteilt. Vielleicht darf man die Kommunen auch nicht in Versuchung führen, am falschen Ende zu sparen.

In diese Richtung ging ja auch der Vorstoß der SPD im Finanzausschuss und unser Ergänzungsantrag. Diese Lösung garantiert, dass alle Mittel abfließen, die Stellen einigermaßen gerecht verteilt sind und vor allem zügig den Schulen zugute kommen. Wer hier ein niedrigeres Tempo anschlägt, hat offenbar keinen Eindruck davon, welche Anstrengungen an den Schulen unternommen wurden, um die Lücken zu schließen, die das Kappen der Bundesmittel gerissen hat. Und deswegen ist dies für die Fraktion von Bündnis90/Die Grünen auch ein echter Prüfstein in diesem ansonsten zustimmungsfähigen Haushalt. Wir werden dem Haushalt mehrheitlich zustimmen. Diese mehrheitliche Zustimmung beruht allerdings auf der Annahme, dass man den an verschiedener Stelle geäußerten Worten auch Taten folgen lässt, um die Schulsozialarbeit wieder flächendeckend in bisherigem Ausmaß im Kreis Heinsberg zu finanzieren. Hinsichtlich des Verfahrens hätten wir gerne jetzt schon Fakten auch im Haushalt geschaffen, sind aber kompromissbereit, wenn in der Sache nächstes Jahr tatsächlich geliefert wird.

Fakt ist: Die weggefallenen Stellen zur Schulsozialarbeit wurden aus dem Bildungs- und Teilhabepaket finanziert. Das ist ganz eindeutig eine Sozialleistung des Bundes gewesen. Das ist übrigens auch der Grund, warum darüber bei uns im Jugendhilfeausschuss und nicht im Schulausschuss entschieden worden ist.

An die Adresse der CDU: Wie sieht denn die Lösung für die Schulen im Kreis aus? Wie bekommen wir die Stellen dorthin? Dazu habe ich von Ihnen kein einziges Wort gehört. Stattdessen haben Sie sich sehr bemüht an meiner Fraktion und der Landesregierung abgearbeitet. Ich finde, das wird dem Problem nicht gerecht und da würde ich mir wirklich wünschen, dass Sie sich etwas konstruktiver zeigen würden.

Auf der Einnahmenseite dieses Haushalts würden wir uns alle eine Verbesserung wünschen. Dazu können wir demnächst aus eigener Kraft einen Beitrag leisten.

Denn in diesem Monat ist das neue Landesjagdgesetz eingebracht worden. Neben den Verbesserungen im Tier- und Artenschutz sieht es die Möglichkeit vor, durch die Änderungen im Kommunalabgabengesetz die 2013 ausgelaufene Jagdsteuer wieder zu erheben. Die Kommunen sollen darüber selbst entscheiden.

Wenn Anfang des nächsten Jahres das Gesetz beschlossen ist, werden wir uns für eine Wiedereinführung der Jagdsteuer im Kreis Heinsberg einsetzen. Wir gehen von einer breiten Unterstützung aus, weil es im Kreistag 2009 ein einstimmiges Votum gegen die Abschaffung dieser Steuer gab.

Diese Handlungsoption haben wir als Kreis selbst in der Hand.

Effektiv handeln sollten wir im Kreis auch, wenn es um den Schutz der Umwelt geht, inmitten der wir alle leben. Hat sich jemand mal die Mühe gemacht, den Kreis Heinsberg über Google Earth anzuschauen? Sie können es sich auch sparen, denn abgesehen von den Waldgebieten Wassenbergs und den Rurauen leben wir hier zu großen Teilen in einer Agrarwüste, die lediglich von versiegelten Siedlungsräumen unterbrochen wird. Ein Mehr an Naturschutz tut dringend not. Genau dieser ist bei der Ausarbeitung der Landschaftspläne, die wir eben beschlossen haben, allerdings völlig unter die Räder geraten.

Mehr naturnahe Räume im Kreis Heinsberg wird es nur geben, wenn man den Zielkonflikt zwischen Umweltschutz und Profitmaximierung nicht reflexhaft zugunsten der so genannten Wirtschaft entscheidet. Wer Naturschutz befürwortet, der muss in letzter Konsequenz auch bereit sein, Flächen nicht mehr wirtschaftlich zu nutzen. Der fortschreitenden Verwässerung der Landschaftspläne mit Naturschutz in homöopathischen Dosen haben wir deshalb nicht zugestimmt. Wir wollen mehr Naturschutz und wir glauben, dass dies auch im Sinne eines Großteils der Menschen im Kreis Heinsberg ist.

Aber auch auf anderem Gebiet bleibt uns noch genug zu tun. Ich darf mal aus unserer Geschäftsordnung zitieren: „Ist der Landrat verhindert, so beruft der Allgemeine Vertreter den Kreistag ein.“

oder

„Über jede Sitzung des Kreistages ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Vorsitzenden und von einem durch den Kreistag zu bestellenden Schriftführer zu unterzeichnen ist.“

oder

„Für jede Sitzung wird eine Anwesenheitsliste ausgelegt, in die sich jeder teilnehmende Kreistagsabgeordnete persönlich eintragen muss.“

Ich glaube, nicht nur Frau Machat hat eben eine gewisse Befremdung empfunden.

Eine geschlechtergerechte Sprache ist eben keine verbale Spitzfindigkeit, sondern sollte so selbstverständlich sein, wie es in der Hauptsatzung bereits der Fall ist. Denn nicht mitgesagt ist noch lange nicht mitgemeint und **gehört** deswegen auch gesagt. Wir sollten in Zukunft darauf achten, die geschlechtergerechte Sprache in allen Dokumenten zu verwenden. Im Gegensatz zu den anderen gesamtgesellschaftlichen Aufgaben u.a. im Bereich Schule, die wir unter dem Oberbegriff Inklusion in diesem Gremium beraten, ist das nun wirklich eine Leichtigkeit.

Meine Vorredner haben uns bereits gedanklich in den Plenarsaal nach Düsseldorf entführt. Was die Auswirkungen auf die Kommunalfinanzen betrifft, ist die Spree allerdings keineswegs weiter als der Rhein. Während das Land mit dem Aktionsplan Kommunalfinanzen tätig ist und viele Kommunen ernsthafte und schwierige Konsolidierungsanstrengungen unternehmen, hat der Bund seit der letzten Bundestagswahl seine Zusagen nicht eingehalten. Aber nicht nur das Land, auch der Bund steht in der Verantwortung, seinen Beitrag zur nachhaltigen Gesundung der Kommunalfinanzen zu leisten.

Die Kommunen sind von der bisherigen Umsetzung hinsichtlich der versprochenen

Sozialkostenentlastung enttäuscht. Statt der erwarteten 5 Milliarden-Entlastung von 2014 bis 2017 soll nun nur eine Milliarde Euro jährlich ab 2015 kommen und erst ab 2018 fünf Milliarden Euro an die Kommunen ausgezahlt werden – wenn die jetzige Bundesregierung gar nicht mehr im Amt ist. Damit ergibt sich in dieser Legislaturperiode keine nennenswerte Entlastung der Kommunen. Dafür allerdings schreibt Herr Schäuble eine schwarze Null.

Angesichts der finanziellen Situation der meisten Kommunen in NRW und anderen Ländern muss der Bund sich weiter mit einer Senkung der Sozialkosten engagieren. Die versprochenen 5 Milliarden Euro müssen ab 2015 fließen und nicht erst 2018. Die für 2015 zugesagte „Übergangsmilliarde“ reicht gerade mal zum Auffangen der jährlichen Kostensteigerung bei der Eingliederungshilfe.

Die Bundespolitik wirkt sich darüber hinaus auch auf unseren Stellenplan aus. Und das ist jetzt wirklich etwas für die zahlreich anwesenden Freunde des Wortes „Konnexitätsprinzip“. 2015 wird der Kreis rund 120.000 Euro für zwei Stellen aufwenden, die mit der Auszahlung des Elterngeldes beschäftigt sind.

Das ist, wie Sie wissen, eine Bundesleistung, die der Kreis aber auszahlen muss, ohne dafür einen angemessenen Kostenersatz zu erhalten. Der Bund gehört also ebenso in die Pflicht genommen wie das Land. Nebenbei gesagt ist da auch wesentlich mehr zu holen, wenn man sich die Steuerquellen anschaut, die dem Bund einerseits und den Ländern andererseits zur Verfügung stehen.

Dass wir uns kaum gegen übertragene Aufgaben und damit verbundene Stellenmehrungen wehren können, sollte uns aber auch noch anderweitig zu denken geben. Etwa, ob ein Rasenmäher tatsächlich ein sachgerechtes Instrument ist, um einem Stellenplan zu Leibe zu rücken, liegt die eingestellte Schnitthöhe nun bei fünf Prozent oder anderswo.

Zum Schluss sei es mir gestattet, unsere Aufmerksamkeit auf das Weltgeschehen zu richten. Die Krisenherde in Osteuropa und im Nahen Osten destabilisieren ganze Regionen. Auch der Migrationsdruck an der Südgrenze der EU wird angesichts der Lebensverhältnisse auf dem afrikanischen Kontinent kaum abnehmen. Der Zustrom von Menschen, die zu uns bis in den Kreis Heinsberg kommen, wird vorläufig nicht abnehmen.

Bis vor Kurzem hatte ich noch eine gewisse Zuversicht, dass sich die Geschichte nicht wiederholt. Mein Anfang der Neunziger Jahre erwachendes politisches Bewusstsein als Jugendlicher wurde stark geprägt durch ein gesellschaftliches Klima, das darin gipfelte, was wir heute noch mit den Namen Mölln, Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda verbinden. Heute stellt zwar niemand das Asylrecht in Frage und bisher gibt es auch noch keine „Das Boot ist voll“-Stimmung. Ich frage mich allerdings, wenn ich nach Bayern schaue, wie schnell diese Stimmung kippen kann. Möglicherweise ist die Decke der Zivilisation doch dünner, als es den Anschein hat. Wenn der Fortschritt darin besteht, dass man nun die Flüchtlingsheime anzündet, bevor dort Menschen einziehen, ist das sehr bedrückend. Ich hoffe, wir sind uns alle der Mitverantwortung dafür bewusst, dass die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen gelingt. Denn in naher Zukunft wird dies mit großer Sicherheit unsere kommunalpolitische Arbeit viel stärker begleiten, als es bislang der Fall war.

Für diese nahe Zukunft wünsche ich uns gutes Gelingen, bedanke mich bei allen KollegINNEN und Kollegen sowie bei der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit im abgelaufenen Jahr und wünsche einen guten Start ins neue.

Jörg van den Dolder, Bündnis90/Die Grünen